

Verfassung für die **Moralische Anarchie**



in der Fassung des Bekenntnisses von

Manuel Kracht

verfasst am 16. April 2021

im Zuge des endgültigen Austritts aus
der Gemeinde Hüllhorst

Präambel

*Ich, ein freier Mensch,
im Bewusstsein meiner Verantwortung für die Natur und die Menschheit,
beflügelt von dem Willen, der Freiheit, dem Frieden und dem Fortschritt in der Welt zu dienen,
mich nicht mehr als Untertan eines Gewaltmonopols begreifend,
beteilige mich in dieser Verfassung an einem gerechten und vernünftigen Miteinander.*

Abschnitt I – Grundlagen

Artikel 1 – Definitionen

- 1) Anarchie ist der Zustand der Abwesenheit von Herrschaft.
- 2) Anomie ist der Zustand der Abwesenheit von Recht.
- 3) Recht ist jeder Vertrag im Sinne der Prinzipien dieser Verfassung.
- 4) Gewalt ist die Anwendung von Kraft zur Verwirklichung einer Wesensveränderung.
- 5) Zwang ist Gewalt gegen Lebewesen unter Missachtung des freien Willens.
- 6) Aggression ist die Anwendung oder Androhung von Zwang außerhalb von Notwehr.
- 7) Besitz ist die unmittelbare Verfügungsgewalt über eine Sache.
- 8) Eigentum ist die freie Verfügungsgewalt über eine Sache.
- 9) Handeln ist ein Tun oder Unterlassen im Bewusstsein von Konsequenzen.
- 10) Eine Person ist die künstliche Erscheinung eines Menschen.

Artikel 2 – Prinzipien

- 1) Jeder Mensch ist grundsätzlich frei.
- 2) Wer Zwang anwendet, ist unfrei.
- 3) Jedem steht es zu, sich selbst und andere zum Schutze von Leib, Leben und Eigentum zu verteidigen.
- 4) Das Vermeiden von Aggression bildet die Grundlage moralischen Handelns.
- 5) Der freie Mensch übernimmt die Verantwortung für sein Handeln und die daraus entstehenden Konsequenzen.
- 6) Das Benennen des Menschen erschafft die Person.
- 7) Die Person gehört dem, den sie benennt.

Artikel 3 – Gemeinwesen

- 1) Das Bekenntnis zu dieser Verfassung begründet die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen der moralischen Anarchie.
- 2) Die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen darf nicht erzwungen werden.

Artikel 4 – Menschenrechte

- 1) Die rechtliche Beschränkung des Menschen anhand natürlicher Merkmale ist nicht statthaft.
- 2) Die rechtliche Beschränkung des Menschen innerhalb einer Kultur ist insofern statthaft, als der Betroffene freiwillig wählt, jener Kultur anzugehören.
- 3) Ein Mensch, der durch aggressives Verhalten andere Menschen bedroht, darf nur solange festgehalten werden, wie andere Abhilfe nicht möglich ist.
- 4) Die Anwendung der Todesstrafe, der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ist nicht statthaft.
- 5) Jeder, der eines schädigenden Verhaltens beschuldigt wird, gilt solange als unschuldig, wie seine Schuld nicht in einem fairen Verfahren nachgewiesen wurde.

Artikel 5 – Kinderrechte

- 1) Ein Kind ist ein Mensch vor Vollendung seines 18. Lebensjahres.
- 2) Kinder genießen besonderen Schutz vor Recht und Gewalt.
- 3) Der besondere Schutz des Kindes obliegt vorrangig seinen Eltern, die das Kind vor dem Recht zu vertreten und vor Gewalt zu schützen haben.
- 4) Kinder sind gemäß ihrer Entwicklung darin zu schulen, zwischen Recht, Gewalt und Zwang unterscheiden und damit verbundene Konsequenzen einschätzen zu können.

Artikel 6 – Geschlechter

- 1) Nach Erreichen der Geschlechtsreife wird ein Mensch weiblichen Geschlechts als Weib und ein Mensch männlichen Geschlechts als Mann bezeichnet.
- 2) Mit Vollendung der Kindheit erhält die Person eines Weibes den Titel Frau und die Person eines Mannes den Titel Herr, sofern der Mensch darüber keinen anderslautenden Willen äußert.
- 3) Eine vom biologischen Geschlecht losgelöste willkürliche Geschlechtsidentität kann keine Rechtsansprüche begründen, wenn zugleich rechtliche Willkür ausgeschlossen ist.

Abschnitt II – Vertragsrecht

Artikel 7 – Verträge

- 1) Ein Vertrag ist die aus übereinstimmenden Willenserklärungen zustande kommende Einigung über kooperatives Handeln und damit verbundener Konsequenzen.
- 2) Wer bei der Abgabe einer Willenserklärung über deren Inhalt im Irrtum war oder eine Erklärung dieses Inhalts überhaupt nicht abgeben wollte, kann die Erklärung anfechten.
- 3) Bei der Auslegung einer Willenserklärung ist der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften.
- 4) Eine Willenserklärung ist nichtig, wenn sie im Zustand der Bewusstlosigkeit oder vorübergehender Störung der Geistestätigkeit abgegeben wird.
- 5) Eine übermittelte Willenserklärung ist nichtig, wenn sie während der Übermittlung verfälscht wurde.
- 6) Ein sittenwidriger Vertrag ist nichtig.

Artikel 8 – Formerfordernisse

- 1) Eine nonverbale Willenserklärung hat durch solche Gesten für die Zustimmung oder Ablehnung zu erfolgen, die am Ort der Verhandlung allgemein anerkannt sind.
- 2) Eine verbale Willenserklärung hat in der Sprache zu erfolgen, die den Beteiligten geläufig ist.
- 3) Eine schriftliche Willenserklärung ist zu signieren. Der Wille ist aus dem Zusammenhang von Formulierung, Datum, Identität und Signatur des Erklärenden herzuleiten. Ist kein Zusammenhang erkennbar, so liegt auch keine Willenserklärung vor.
- 4) Wird eine übermittelte Willenserklärung nicht deutlich mit „im Auftrag“ unter Bezug auf den Auftraggeber gekennzeichnet oder ist der Auftraggeber nicht identifizierbar, so ist vom Willen des Übermittelnden auszugehen.
- 5) Wird eine Willenserklärung mittels technischer Geräte übertragen, so ist sie als schriftliche Willenserklärung auszulegen.

Artikel 9 – Sittenwidrigkeit

- 1) Ein Verhalten ist sittenwidrig, wenn es die Erregung öffentlichen Ärgernisses oder eine unnötige Belästigung der Allgemeinheit zur Folge hat.
- 2) Ein Handeln ist sittenwidrig, wenn es der Verwirklichung einer Aggression dient oder dazu, sich einen Vorteil unter Ausbeutung einer Zwangslage, einer Unerfahrenheit, eines Mangels an Urteilsvermögen oder einer erheblichen Willensschwäche zu verschaffen.
- 3) Ein Vertrag ist sittenwidrig, wenn er durch ein sittenwidriges Handeln zustande kommt, ein sittenwidriges Verhalten oder Handeln zum Ziel hat, oder wenn er im Einverständnis der Vertragsparteien nur zum Schein vereinbart wird.

Artikel 10 – Vertragswürde

- 1) Vertragswürde ist der Teil der Würde eines Menschen, der durch Würdigung von redlichem und respektvollem Handeln erworben wird.
- 2) Jeder Mensch ist grundsätzlich vertragswürdig.
- 3) Nicht als vertragswürdig anzusehen ist, wer Verträge in willkürlicher Weise nicht erfüllt oder ein andauerndes Verhalten an den Tag legt, das das Erfüllen eines Vertrags unmöglich macht oder den guten Ruf einer Vertragspartei schädigt oder zu schädigen droht.

Artikel 11 – Ehe

- 1) Die Ehe ist der Vertrag über die Verwirklichung einer Verantwortungsgemeinschaft zweier Menschen, deren vorrangiger Zweck darin besteht, das Aufwachsen schutzbefohlener Kinder in Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen.
- 2) Die Anerkennung des Ehevertrags kann nur erfolgen, wenn er zumindest in Form einer Heiratsurkunde vorliegt. Die Heiratsurkunde ist von den Ehepartnern und zwei Zeugen zu signieren.
- 3) Besteht keine Einigkeit mehr über die Weiterführung der Ehe oder stellt sich ein Ehepartner als nicht vertragswürdig heraus, so begründet dies einen Scheidungsvertrag.
- 4) Die Ehe rechtfertigt die Annahme, dass die Ehepartner Eigentum im gemeinschaftlichen Sinne erwerben und unterhalten. Werden keine Vereinbarungen über die Eigentumsverhältnisse nach einer Scheidung getroffen, so ist davon auszugehen, dass das Eigentum, soweit möglich, zu gleichen Teilen aufzuteilen ist.

Artikel 12 – Kinder- und Jugendschutz

- 1) Verträge mit Kindern sind statthaft, sofern sie als erzieherische oder schulische Maßnahme und in wohlwollender Absicht erfolgen.
- 2) Den rechtlichen Vertretern eines Kindes steht es frei, einen Vertrag, der von dem Kind ohne ihre Kenntnis geschlossen wurde, jederzeit zu widerrufen.
- 3) Angebote gleich welcher Art, die nach den Maßstäben von Moral, Sittenwidrigkeit und wissenschaftlicher Erkenntnis dazu in der Lage sind, die Gesundheit oder die Entwicklung eines Kindes zu beeinträchtigen, sind Kindern nur in Begleitung ihrer rechtlichen Vertreter zugänglich zu machen.
- 4) Als Beeinträchtigung der Gesundheit gelten auch solche Beeinträchtigungen, die zeitverzögert in Erscheinung treten, sofern der Zusammenhang wissenschaftlich nachgewiesen ist.
- 5) Als Beeinträchtigung der Entwicklung gelten alle Einflüsse auf den geistigen oder emotionalen Zustand, die sich nachteilig auf die Entwicklung von Selbstbewusstsein oder Empathie auswirken.
- 6) Angebote, die an den Privathaushalt zugestellt oder übertragen werden, sind nach Maßgabe der Absätze 3 bis 5 dieses Artikels als entsprechend bedenklich zu kennzeichnen.

Artikel 13 – Vertragsbeendigung

- 1) Ein Vertrag endet, wenn er von allen Vertragsparteien erfüllt oder von mindestens einer Vertragspartei nicht erfüllt wird.
- 2) Niemand darf zum Erfüllen oder Nichterfüllen eines Vertrags gezwungen werden.
- 3) Es obliegt den Vertragsparteien, die Voraussetzungen für das Erfüllen und Nichterfüllen zu vereinbaren. Wird keine Vereinbarung über das Erfüllen getroffen, so ist auch nicht von einem Vertrag auszugehen.
- 4) Bei Vereinbarungen über ein sich regelmäßig wiederholendes Erfüllen ist das tatsächliche Erfüllen als Willenserklärung zur Wiederholung des identischen Vertrags zu werten.
- 5) Die Willenserklärung einer Kündigung, eines Rücktritts, eines Widerrufs oder einer Anfechtung ist als willkürlich zu werten, wenn sie den dafür vorgesehenen vertraglichen Vereinbarungen widerspricht.
- 6) Von dem Willen zum Nichterfüllen ist auszugehen, wenn aufgrund widersprüchlichen Verhaltens oder offensichtlichen Handelns mit hinreichender Wahrscheinlichkeit darauf geschlossen werden kann, dass das Nichterfüllen gewollt ist.
- 7) Nichterfüllen begründet den Anspruch auf Schadensersatz, sofern der Schadensfall vertraglich geregelt ist. Der Schadensersatz muss verhältnismäßig sein.

Abschnitt III – Informationsrecht

Artikel 14 – Wissen

- 1) Wissen ist die Grundlage von Macht.
- 2) Das arglistige Vorenthalten von Wissen ist sittenwidrig.
- 3) Wissen von öffentlichem Interesse ist Gemeingut.
- 4) Ist die Annahme gerechtfertigt, dass das Wissen um einen Sachverhalt die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden imstande ist, so handelt es sich um Wissen von öffentlichem Interesse. In dem Fall ist darauf hinzuwirken, die Öffentlichkeit in einer Weise zu informieren, die möglichst unschädlich ist.

Artikel 15 – Transparenz

- 1) Jede Vereinigung, die einen öffentlichen Zweck verfolgt, muss über eine Satzung verfügen. Die Satzung und alle Dokumente, auf die sich die Satzung bezieht, sind vollständig zu veröffentlichen.
- 2) Jede öffentliche Vereinigung, die eine Aufsichtsstelle unterhält, hat die Berichte der Aufsichtsstelle vollständig und zeitnah zu veröffentlichen.
- 3) Jedes Unternehmen, das Mitglied in einer öffentlichen Vereinigung ist, verpflichtet sich dazu, mit der Aufsichtsstelle der Vereinigung zu kooperieren.

Artikel 16 – Internet

- 1) Das Wissen um die technische Grundlage des Internets ist Gemeingut.
- 2) Die persönliche Diskriminierung beim Bereitstellen eines Zugangs zum Internet ist sittenwidrig. Dies gilt nicht für Personen, von denen zu erwarten ist, dass sie sich sittenwidrig oder auf andere Weise schädigend verhalten werden.
- 3) Die Diskriminierung bei der Weiterleitung oder Verarbeitung von Datenpaketen im Internet ist sittenwidrig, sofern sie zum Ziel hat, die Nutzung oder Verbreitung von Gemeingut zu behindern.

Artikel 17 – Urheberrecht

- 1) Ein Werk im Sinne des Urheberrechts ist jede originäre Konkretisierung eines Konzepts.
- 2) Urheber ist der Schöpfer des Werkes.
- 3) Wer in der üblichen Weise als Urheber bezeichnet ist, wird bis zum Beweis des Gegenteils als Urheber des Werkes angesehen.
- 4) Der Urheber ist solange Eigentümer, bis er sein Werk veräußert. Eine Veräußerung liegt vor, wenn das Eigentum am Original des Werkes durch Willenserklärung aufgegeben wird.
- 5) Das Eigentumsrecht erstreckt sich nicht auf Kopien oder Entstellungen des Werkes, es sei denn, dass der Urheber darüber einen gegenteiligen Willen äußert.
- 6) Der Urheber behält auch nach Veräußerung seines Werkes das Recht auf Anerkennung seiner Urheberschaft. Er kann bestimmen, ob sein Werk mit einer Urheberbezeichnung zu versehen und welche Bezeichnung zu verwenden ist.
- 7) Mehrere Urheber halten das Urheberrecht an einem gemeinsamen Werk zu gleichen Teilen, sofern nichts anderes vereinbart ist.
- 8) Das Urheberrecht ist nicht übertragbar.

Abschnitt IV – Gildenordnung

Artikel 18 – Gilden

- 1) Eine Gilde ist der freiwillige Zusammenschluss von Unternehmern zum Zweck der Förderung des kooperativen Handelns in einem bestimmten Bereich des öffentlichen Lebens.
- 2) Für die Benennung der Gilde und die Formulierung der Vereinszwecke sind die Vorgaben dieser Verfassung zu beachten.
- 3) Jede Gilde errichtet und unterhält eine Aufsichtsstelle. Die Gildenaufsicht verfasst Richtlinien für die Umsetzung der Vereinszwecke sowie regelmäßige Berichte über deren Einhaltung.

- 4) Bei der Aufnahme von Mitgliedern orientiert sich die Gilde an dem Gebiet des Gemeindeverbands, in dem die Gilde ihren Sitz hat.
- 5) Alle Gilden verpflichten sich zur gegenseitigen Kooperation.
- 6) Ein Vertrag zwischen Gilden zur Umsetzung grenzübergreifender Projekte wird als Kooperative bezeichnet. Der Wortlaut des Vertrags ist zu veröffentlichen.

Artikel 19 – Gildenverbände

- 1) Die Gilden schließen sich in Verbänden der Ressorts Natur, Struktur, Industrie, Handel, Schutz, Gesundheit, Soziales, Wissenschaft, Kultur und Medien zusammen.
- 2) Eine Gilde ist aus dem Verband auszuschließen, wenn sich Mitglieder der Gilde wiederholt vertragsbrüchig verhalten und die Gilde dem nicht abhilft.
- 3) Die Satzung eines Gildenverbands wird als Kodex bezeichnet.

Artikel 20 – Gildenversammlung

- 1) Die Gildenversammlung ist das oberste Organ eines Gildenverbands. Ihre Aufgaben sind die Bewertung von Gilden und Kooperativen nach wirtschaftlichen und ethischen Standards sowie die Beschlussfassung über den Kodex und den Ausschluss von Gilden aus dem Verband.
- 2) Eine ordentliche Gildenversammlung findet einmal im Jahr statt.
- 3) Jede dem Verband angehörende Gilde ist berechtigt, schriftlich und unter Angabe von Gründen zu einer außerordentlichen Gildenversammlung aufzurufen.
- 4) Die ordentliche Gildenversammlung wird von dem Vorstand der Gilde geleitet, welche die meisten Mitglieder hat. Die außerordentliche Gildenversammlung wird von dem Vorstand der Gilde geleitet, die zur Versammlung aufgerufen hat.
- 5) Zu Beginn der Gildenversammlung ist die Beschlussfähigkeit festzustellen und ein Schriftführer zu wählen. Die Gildenversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Fünftel aller dem Verband angehörenden Gilden teilnehmen.
- 6) Bei Abstimmungen entscheidet die absolute Zweidrittelmehrheit. Jede dem Verband angehörende Gilde hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist persönlich durch den Vorstand der Gilde auszuüben.
- 7) Über die Beschlüsse und Berichte der Gildenversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu signieren und anschließend zu veröffentlichen ist.

Artikel 21 – Naturgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Naturgilde ist die Förderung des Natur- und Tierschutzes.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Naturgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Tierwirtschaft.
- 3) Naturschutz umfasst alle Leistungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur, Landschaft und Wildnis, insbesondere von Biodiversität auf der Artenebene, sowie die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes im Sinne einer nachhaltigen Nutzbarkeit der Natur durch den Menschen.
- 4) Tierschutz umfasst alle Leistungen, die darauf abzielen, Tieren ein artgerechtes Leben ohne Zufügung von Leiden, Schmerzen, Schäden und unnötigen Beeinträchtigungen zu ermöglichen.
- 5) Landwirtschaft umfasst alle Leistungen zur Herstellung pflanzlicher Erzeugnisse auf einer zu diesem Zweck bewirtschafteten Fläche.

- 6) Waldwirtschaft umfasst alle Leistungen zur Nutzung von Wäldern für die Erzeugung natürlicher Rohstoffe oder zur Erhaltung der Wälder als Schutz- und Erholungsraum.
- 7) Tierwirtschaft umfasst alle Leistungen zur Haltung von Nutztieren, zur Herstellung tierischer Erzeugnisse sowie das Veterinärwesen.
- 8) Das Veterinärwesen umfasst alle Leistungen zur Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen, zur Überwachung der Tierhygiene, zur Einrichtung von Tiergesundheitsdiensten sowie zum Schutz von Tieren im Handels- und Reiseverkehr.

Artikel 22 – Strukturgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Strukturgilde ist die Förderung einer gemeinnützigen Infrastruktur.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Strukturgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Versorgung, Entsorgung und Verkehrswesen.
- 3) Infrastruktur sind alle langlebigen Einrichtungen materieller Art, die das Funktionieren eines arbeitsteiligen Wirtschaftswesens begünstigen.
- 4) Versorgung umfasst alle Leistungen zur regelmäßigen Bereitstellung von Trinkwasser, Wärme, Elektrizität und Zugang zum Internet.
- 5) Entsorgung umfasst alle Leistungen zur Beseitigung oder Verwertung von Abwasser und Abfällen.
- 6) Das Verkehrswesen umfasst alle Leistungen zur Planung und Überwachung von Verkehrswegen.

Artikel 23 – Industriegilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Industriegilde ist die Förderung eines nachhaltigen Produktionswesens.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Industriegilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Handwerk, Massenfertigung, Bau- und Montanwesen.
- 3) Handwerk umfasst alle manuellen Leistungen zur Fertigung von Produkten oder zum Aufbau oder zur Instandhaltung technischer Anlagen.
- 4) Massenfertigung umfasst alle Leistungen zur automatisierten Herstellung von Produkten.
- 5) Das Bauwesen umfasst alle Leistungen zur Planung, zum Bau, zur Instandhaltung oder zum Abriss von Bauwerken.
- 6) Das Montanwesen umfasst alle Leistungen zur Gewinnung von Ressourcen aus der Lithosphäre.

Artikel 24 – Handelsgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Handelsgilde ist die Förderung eines gerechten Handelswesens.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Handelsgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Warenhandel, Dienstleistungshandel und Investitionshandel.
- 3) Warenhandel ist die vertragliche Tätigkeit, bei der Güter entgeltlich veräußert werden.
- 4) Dienstleistungshandel ist die vertragliche Tätigkeit, bei der ein Wirtschaftsteilnehmer für einen anderen eine entgeltliche Tätigkeit ausübt.
- 5) Investitionshandel ist die vertragliche Tätigkeit, bei der einem Anleger der Einsatz von Kapital für einen bestimmten Verwendungszweck ermöglicht wird.
- 6) Zinsen sind getrennt zu sammeln. Der Zinseszins ist sittenwidrig.

Artikel 25 – Schutzgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Schutzgilde ist die Förderung eines gerechten Schutzwesens.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Schutzgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Sicherheit, Mediation und Ausgleichswesen.
- 3) Sicherheit umfasst alle Leistungen zur Umsetzung des in dieser Verfassung in Artikel 2 Absatz 3 formulierten 3. Prinzips (Schutzprinzip).
- 4) Mediation umfasst alle Leistungen zur strukturierten und konstruktiven Beilegung von Konflikten durch unabhängige Vermittler.
- 5) Das Ausgleichswesen umfasst alle Leistungen zur Geltendmachung von Forderungen.
- 6) Zwangsmaßnahmen dürfen nicht nehmen, was nicht wieder zurückgegeben werden kann. Unverhältnismäßige Zwangsmaßnahmen sind umgehend rückgängig zu machen.

Artikel 26 – Gesundheitsgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Gesundheitsgilde ist die Förderung eines nachhaltigen Gesundheitswesens.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Gesundheitsgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Gesundheits- und Krankenpflege, Heilkunde und Resozialisierung.
- 3) Gesundheits- und Krankenpflege umfasst alle Leistungen zur Gesunderhaltung, zur Prävention von Krankheiten, zum Schutz von Menschen vor gesundheitlichen Gefahren durch Zoonosen sowie zur Versorgung und Betreuung von kranken, behinderten oder sterbenden Menschen.
- 4) Heilkunde umfasst alle Leistungen zur Befreiung eines Menschen von körperlichen oder psychischen Krankheiten oder Verletzungen.
- 5) Resozialisierung umfasst alle Leistungen zur freiwilligen Wiedereingliederung von Menschen in das Gemeinwesen.
- 6) Der Heilkundige haftet persönlich für den Schaden, der nachweislich aufgrund seiner Behandlung entstanden ist, sofern eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass dieser Schaden durch andere Heilkundige hätte vermieden werden können.

Artikel 27 – Sozialgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Sozialgilde ist die Förderung eines gerechten Sozialwesens.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Sozialgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Familienhilfe, Nothilfe, Entwicklungshilfe und Schulwesen.
- 3) Familienhilfe umfasst alle Leistungen zur Sicherstellung des Kindeswohls und der Integrität der familiären Einheit.
- 4) Nothilfe umfasst alle Leistungen, die darauf abzielen, im Fall schwerer Krisen das kurz- und mittelfristige Überleben zu ermöglichen.
- 5) Entwicklungshilfe umfasst alle Leistungen, die darauf abzielen, die allgemeinen Lebensbedingungen dauerhaft und nachhaltig zu verbessern.
- 6) Das Schulwesen umfasst alle Leistungen zur planmäßigen Vermittlung von Wissen und moralischen Werten an Kinder.
- 7) Die Anwendung von Zwang zur Umsetzung oder Finanzierung des Schulwesens oder eines sozialen Sicherungsnetzes ist nicht statthaft.

Artikel 28 – Wissenschaftsgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Wissenschaftsgilde ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Wissenschaftsgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen wissenschaftliche Beratung, Forschung und Universitätswesen.
- 3) Wissenschaftliche Beratung umfasst alle Leistungen der Expertise durch unabhängige Sachverständige und Ermittler.
- 4) Forschung umfasst alle Leistungen zur systematischen Suche nach neuen Erkenntnissen sowie deren Dokumentation und Veröffentlichung.
- 5) Das Universitätswesen umfasst den Aufbau und Betrieb von Universitäten und Hochschulen, welche ihr Angebot vorrangig an Erwachsene richten.
- 6) Wissenschaft und Forschung sind an die Grundsätze von Moral und Ethik gebunden.
- 7) Der Verband der Wissenschaftsgilden errichtet und unterhält einen Ethikrat, der mindestens alle fünf Jahre von der Gildenversammlung neu zu wählen ist. Zusammensetzung und Aufgaben des Ethikrates werden im Kodex der Wissenschaftsgilden bestimmt.

Artikel 29 – Kulturgilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Kulturgilde ist die Förderung von Kunst und Kultur.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Kulturgilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Kunst, Kultur und Heimatpflege.
- 3) Kunst umfasst die Gesamtheit ästhetischer Werke sowie alle Leistungen zum Erlernen und Ausüben künstlerischer Tätigkeiten.
- 4) Kultur umfasst die Lebensweisen, Wertvorstellungen und Geschichten der Völker sowie alle Leistungen zum Aufbau und zum Betrieb kultureller Einrichtungen.
- 5) Heimatpflege umfasst die Präsentation und Pflege der Heimat im Rahmen von Heimatvereinen.
- 6) Kulturen, denen die Verherrlichung von Hass oder Zwang zu eigen ist, sind nicht förderungswürdig.
- 7) Der Verband der Kulturgilden errichtet und unterhält einen Sprachrat, der mindestens alle fünf Jahre von der Gildenversammlung neu zu wählen ist. Zusammensetzung und Aufgaben des Sprachrates werden im Kodex der Kulturgilden bestimmt.

Artikel 30 – Mediengilden

- 1) Der primäre Vereinszweck einer Mediengilde ist die Förderung eines sozialen Medienwesens.
- 2) Der sekundäre Vereinszweck einer Mediengilde ist die Förderung des freien Unternehmertums in den Bereichen Journalismus, Massenmedien und Informationstechnik.
- 3) Journalismus umfasst alle Leistungen der publizistischen Arbeit bei der Presse, im Rundfunk oder im Internet mit dem Ziel, Öffentlichkeit herzustellen.
- 4) Massenmedien umfassen alle Leistungen zur Herstellung von Kommunikationsmitteln und deren Verbreitung in der Öffentlichkeit.
- 5) Informationstechnik umfasst alle Leistungen zur Informations- und Datenverarbeitung auf Basis dafür bereitgestellter technischer Dienste und Funktionen.
- 6) Die Medienaufsicht orientiert sich vorrangig an den in dieser Verfassung formulierten Grundsätzen des Informationsrechts.

Abschnitt V – Gebietsordnung

Artikel 31 – Gemeinden

- 1) Eine Gemeinde ist der freiwillige Zusammenschluss von Menschen zum Zweck der kooperativen Verwaltung des Gemeindegebiets.
- 2) Das Gemeindegebiet besteht aus den Grundstücken, auf denen sich die Gemeindemitglieder niedergelassen haben, sowie allen Grundstücken, die zum Zweck des Betriebs von Infrastruktur oder zum Schutz der Natur durch die Gemeinde verwaltet werden sollen.
- 3) Die primäre Aufgabe der Gemeinde besteht darin, die Verwaltung des Gemeindegebiets als Treuhänder für den Planeten wahrzunehmen. Der Treuhandvertrag besteht darin, das Gebiet pfleglich zu behandeln, im Sinne des Einklangs zwischen Mensch und Natur zu nutzen und im Fall einer Umweltzerstörung die anschließende Renaturierung zu leisten.
- 4) Die sekundäre Aufgabe der Gemeinde besteht darin, als Vermittler zwischen den Bewohnern des Gemeindegebiets und den Gilden zu fungieren.
- 5) Die Satzung der Gemeinde wird als Gemeindeordnung bezeichnet.
- 6) Eine Gemeinde, die ihre Gemeindeordnung dieser Verfassung unterstellt, wird als „Freie Gemeinde“ bezeichnet.

Artikel 32 – Grundstücke

- 1) Grund ist die vom Menschen erreichbare Oberfläche des Planeten einschließlich aller Gewässer. Boden ist Grund abzüglich der Gewässer.
- 2) Die Grundstücke sind in einem öffentlich einsehbaren Grundregister zu verzeichnen.
- 3) Die Gemeinde kann das Verwaltungsrecht über ein Grundstück im Sinne des Treuhandvertrags nach Artikel 31 Absatz 3 an eine Person oder Vereinigung übertragen.
- 4) Die Person oder Vereinigung, die ein Grundstück verwaltet, wird als Grundwirt bezeichnet. Der Grundwirt ist im Grundregister einzutragen.
- 5) Vor dem Erwerb des Verwaltungsrechts über ein Grundstück ist ein Plan zu erstellen, aus dem die beabsichtigte Nutzung des Grundstücks hervorgeht. Der Grundnutzungsplan muss alle Bauvorhaben sowie absehbare Auswirkungen auf die Umwelt innerhalb der Nutzungsdauer beinhalten. Der Grundnutzungsplan ist in der Gemeinde zu veröffentlichen.
- 6) Grundstücke, auf denen Infrastruktur betrieben wird, sind vorrangig durch die Gemeinde zu verwalten, welche von der Infrastruktur am meisten profitiert.

Artikel 33 – Mitgliedschaft

- 1) Die Mitgliedschaft zur Gemeinde erfolgt ausschließlich durch Vertrag.
- 2) Die Niederlassung im Gemeindegebiet darf nicht von der Mitgliedschaft zur Gemeinde abhängig gemacht werden.
- 3) Die Niederlassung als Grundwirt führt zur Gemeindemitgliedschaft, sofern der Grundwirt darüber keinen gegenteiligen Willen äußert.
- 4) Ein Grundwirt, der kein Gemeindemitglied ist, ist im Grundregister als Selbstversorger einzutragen.
- 5) Bewohner des Gemeindegebiets, die keine Gemeindemitglieder sind, dürfen im Verwaltungsbetrieb der Gemeinde nicht benachteiligt werden.

- 6) Gibt ein Gemeindemitglied seine Niederlassung im Gemeindegebiet auf, so endet auch die Mitgliedschaft zur Gemeinde.
- 7) Die Gemeinde führt eine öffentliche Statistik über die Anzahl ihrer Mitglieder und Bewohner des Gemeindegebiets. Die Statistik ist jährlich zu aktualisieren.

Artikel 34 – Gemeinderat

- 1) Die Gemeinde errichtet und unterhält einen Gemeinderat, der mindestens alle fünf Jahre von den stimmberechtigten Gemeindemitgliedern neu zu wählen ist.
- 2) Der Gemeinderat beschließt Maßnahmen zur Verwaltung des Gemeindegebiets nach Maßgabe der Gemeindeordnung. Die Ratsbeschlüsse sind zeitnah zu veröffentlichen.
- 3) Die Ratsbeschlüsse sollen innerhalb eines Jahres in Abstimmung durch die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Gemeindemitglieder bestätigt oder abgelehnt werden. Bei einer Beteiligung von weniger als der Hälfte der Stimmberechtigten gilt der Ratsbeschluss als bestätigt. Findet keine Abstimmung statt, so gilt der Ratsbeschluss als abgelehnt.
- 4) Änderungen der Gemeindeordnung müssen durch eine absolute Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Gemeindemitglieder bestätigt werden.
- 5) Wird ein Ratsbeschluss nachträglich durch die Gemeinde abgelehnt, so sind alle Maßnahmen, die zur Umsetzung des Beschlusses eingeleitet wurden, auf Kosten der Gemeinde rückgängig zu machen.
- 6) Stimmberechtigt sind alle freien Gemeindemitglieder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- 7) Wählbar zum Gemeinderat ist jeder, der das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Artikel 35 – Kreise

- 1) Ein Gemeindeverband ist der freiwillige Zusammenschluss von mindestens zwei Gemeinden zur Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen unter Beibehaltung der Selbstständigkeit der beteiligten Gemeinden.
- 2) Ein Gemeindeverband wird als Kreis und die Satzung des Gemeindeverbands als Kreisordnung bezeichnet.
- 3) Ein Kreis, der seine Kreisordnung dieser Verfassung unterstellt, wird als „Freier Kreis“ bezeichnet.

Artikel 36 – Länder

- 1) Ein Kreisverband ist der freiwillige Zusammenschluss von mindestens zwei Kreisen zur Wahrnehmung gemeinschaftlicher Interessen unter Beibehaltung der Selbstständigkeit der beteiligten Kreise.
- 2) Ein Kreisverband wird als Land und die Satzung des Kreisverbands als Landordnung bezeichnet.
- 3) Ein Land, das seine Landordnung dieser Verfassung unterstellt, wird als „Freies Land“ bezeichnet.

Artikel 37 – Städte

- 1) Eine Stadt gilt als Gemeinde im Sinne dieser Verfassung.
- 2) Das Gemeindegebiet einer Stadt wird als Stadtgebiet, die Gemeindeordnung als Stadtordnung und der Gemeinderat als Stadtrat bezeichnet.
- 3) Eine Stadt, die ihre Stadtordnung dieser Verfassung unterstellt, wird als „Freie Stadt“ bezeichnet.

- 4) Städten steht es frei, bei Bedarf Stadtgemeinden zu bilden. In dem Fall gelten die Stadtgemeinden als Gemeinden und die Stadt als Kreis im Sinne dieser Verfassung. Eine Stadtgemeinde kann unselbstständig sein, indem sie auf eine eigene Gemeindeordnung zugunsten der Stadtordnung verzichtet.
- 5) Stadtgemeinden steht es frei, sich bei Bedarf zu Stadtkreisen zusammenzuschließen. In dem Fall gelten die Stadtkreise als Kreise und die Stadt als Land im Sinne dieser Verfassung. Ein Stadtkreis kann unselbstständig sein, indem er auf eine eigene Kreisordnung zugunsten der Stadtordnung verzichtet.

Artikel 38 – Finanzierung

- 1) Die Gemeinden, Städte, Kreise und Länder finanzieren sich aus eigenen Mitteln nach Maßgabe ihrer Ordnung. Die Verwendung der Mittel muss verhältnismäßig sein.
- 2) Die Dienstleistung der Vermittlung zwischen den Bewohnern des Gemeindegebiets und den Gilden darf nur den Gilden in Rechnung gestellt werden.
- 3) Steuern und alle anderen erzwungenen Abgaben sind nicht statthaft.
- 4) Es sind Rücklagen in angemessener Höhe zu bilden. Auf die Rücklagen darf nur aus wichtigem Grund zurückgegriffen werden.
- 5) Jede Gebietskörperschaft führt eine ausführliche öffentliche Statistik über ihre Finanzen. Die Statistik ist vierteljährlich zu aktualisieren.
- 6) Die Umsetzung von Großprojekten über Gemeindegrenzen hinweg ist vorrangig in Kooperation mit den Gilden zu organisieren. Die Finanzierungspläne der Projekte sind vollständig in die öffentliche Statistik aufzunehmen.

Abschnitt VI – Gerichtsordnung

Artikel 39 – Gerichte

- 1) Alle Gerichte im Rechtskreis dieser Verfassung sind Schiedsgerichte.
- 2) Das schiedsgerichtliche Verfahren wird als Schiedsverhandlung, das Zusammentreffen im Rahmen einer Schiedsverhandlung als Schiedssitzung bezeichnet.
- 3) Die Schiedsgerichte kooperieren mit den Gerichten anderer Rechtskreise, sofern dies für die Durchführung oder den Abschluss einer Schiedsverhandlung unabdinglich ist.

Artikel 40 – Schiedsvereinbarung

- 1) Schiedsvereinbarung oder Schiedsabrede ist eine Vereinbarung der Parteien, die Entscheidung über Streitigkeiten, die zwischen den Parteien in Bezug auf ein bestimmtes Rechtsverhältnis entstanden sind oder künftig entstehen, einem Schiedsgericht zu überlassen.
- 2) Eine Schiedsvereinbarung ist in schriftlicher Form nach den Vorgaben des in dieser Verfassung formulierten Vertragsrechts zu treffen.
- 3) Der Mangel der Form wird durch die Einlassung auf die Schiedsverhandlung geheilt. Der Betroffene ist über den Mangel der Form zu belehren.
- 4) Als Schiedsvereinbarung gilt auch der bloße Verweis auf die Vereinbarung einer anderen Person oder Vereinigung, sofern diese für die Parteien ständig abrufbar ist.

Artikel 41 – Schiedsrichter

- 1) Schiedsrichter in einem Schiedsgericht kann nur sein, wer hauptberuflich als Richter, Rechtsanwalt oder Mediator tätig ist oder war.
- 2) Die Parteien können das Verfahren zur Bestellung der Schiedsrichter vereinbaren.
- 3) In Schiedsverhandlungen mit drei Schiedsrichtern bestellt jede Partei einen Schiedsrichter; diese beiden Schiedsrichter bestellen den dritten Schiedsrichter, der als Vorsitzender des Schiedsgerichts tätig wird.
- 4) Fehlt einer Schiedsvereinbarung die Vereinbarung über das Verfahren zur Bestellung der Schiedsrichter, so stellt die in der Schiedsvereinbarung genannte Schutzgilde auf Antrag einen oder mehrere Schiedsrichter nach Maßgabe ihrer Satzung zur Verfügung. Wird keine Schutzgilde genannt, so ist die Schutzgilde des Kreises zuständig, in dem der Beklagte sich zuletzt niedergelassen hat.
- 5) Eine Person, der ein Schiedsrichteramt angetragen wird, hat alle Umstände offenzulegen, die Zweifel an ihrer Unparteilichkeit oder Unabhängigkeit wecken können.
- 6) Ein Schiedsrichter kann nur abgelehnt werden, wenn Umstände vorliegen, die berechtigte Zweifel an seiner Unparteilichkeit oder Unabhängigkeit aufkommen lassen, oder wenn er die zwischen den Parteien vereinbarten Voraussetzungen nicht erfüllt.
- 7) Die Ablehnung eines Schiedsrichters hat innerhalb von zwei Wochen in schriftlicher Form und unter Angabe der Ablehnungsgründe zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die Mitteilung über die Bestellung der Schiedsrichter zugestellt wurde.
- 8) Erfolgt keine fristgerechte Ablehnung eines Schiedsrichters, so ist die Zusammensetzung des Schiedsgerichts für alle Parteien bindend.
- 9) Tritt ein Schiedsrichter von seinem Amt zurück, oder ist er rechtlich oder tatsächlich außerstande, seine Aufgaben zu erfüllen, oder kommt er aus anderen Gründen seinen Aufgaben in angemessener Frist nicht nach, so können die Parteien den Austausch des Schiedsrichters vereinbaren. In dem Fall pausiert die Schiedsverhandlung, bis der bestellte Ersatzschiedsrichter verfügbar ist.

Artikel 42 – Rüge

- 1) Die Parteien erteilen dem Schiedsgericht alle Befugnisse, die für die Durchführung der Schiedsverhandlung im Sinne der Schiedsvereinbarung notwendig sind.
- 2) Die Rüge, das Schiedsgericht überschreite seine Befugnisse, ist zu erheben, sobald die Angelegenheit, von der dies behauptet wird, während einer Schiedssitzung zur Erörterung kommt. Eine verspätete Rüge ist statthaft, wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt.
- 3) Über eine Rüge hat das Schiedsgericht umgehend zu entscheiden. Wird der Rüge zugestimmt, so ist das gerügte Verhalten umgehend einzustellen. Wird die Rüge abgelehnt, so ist die Verhandlung auf Antrag für mindestens drei Tage zu pausieren.

Artikel 43 – Vorläufiger Rechtsschutz

- 1) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so kann das Schiedsgericht auf Antrag einer Partei vorläufige oder sichernde Maßnahmen anordnen, die es in Bezug auf den Streitgegenstand für erforderlich hält. Das Schiedsgericht kann von jeder Partei im Zusammenhang mit einer solchen Maßnahme angemessene Sicherheit verlangen.
- 2) Erweist sich eine vorläufige oder sichernde Maßnahme als von Anfang an ungerechtfertigt, so ist die Partei, welche ihre Vollziehung erwirkt hat, verpflichtet, dem Gegner den Schaden zu ersetzen, der ihm aus der Vollziehung der Maßnahme oder dadurch entsteht, dass er Sicherheit leistet, um die Vollziehung abzuwenden. Der Anspruch kann durch Antrag während einer Schiedssitzung geltend gemacht werden.

Artikel 44 – Allgemeine Verfahrensregeln

- 1) Die Parteien sind gleich zu behandeln. Jede Partei ist vollständig zu hören.
- 2) Es ist vorrangig mündlich zu verhandeln. Die Schiedsverhandlung hat schriftlich zu erfolgen, wenn eine Partei nicht zur mündlichen Verhandlung fähig ist.
- 3) Rechtsanwälte dürfen als Bevollmächtigte nicht ausgeschlossen werden.
- 4) Das Schiedsgericht ist berechtigt, über die Zulässigkeit einer Beweiserhebung zu entscheiden, diese durchzuführen und das Ergebnis frei zu würdigen.
- 5) Die Parteien sind von jedem Zusammentreffen des Schiedsgerichts zu Zwecken der Beweisaufnahme rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.
- 6) Alle Schriftsätze, Dokumente und sonstigen Mitteilungen, die dem Schiedsgericht von einer Partei vorgelegt werden, sind der anderen Partei, Gutachten und andere schriftliche Beweismittel, auf die sich das Schiedsgericht bei seiner Entscheidung stützen kann, sind beiden Parteien zur Kenntnis zu bringen.
- 7) Im Übrigen können die Parteien die Verfahrensregeln selbst oder durch Bezugnahme auf eine schiedsrichterliche Verfahrensordnung bestimmen.
- 8) Soweit eine Vereinbarung der Parteien nicht vorliegt, werden die Verfahrensregeln vom Schiedsgericht vorrangig im Sinne dieser Verfassung und darüber hinaus nach freiem Ermessen bestimmt.

Artikel 45 – Ort der Verhandlung

- 1) Die Parteien können eine Vereinbarung über den Ort treffen, an dem Schiedssitzungen stattfinden sollen. Fehlt eine solche Vereinbarung, so wird der Ort vom Schiedsgericht bestimmt. Dabei sind die Umstände des Falles einschließlich der Eignung des Ortes für die Parteien zu berücksichtigen.
- 2) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so kann das Schiedsgericht ungeachtet des Absatzes 1 an jedem ihm geeignet erscheinenden Ort zu einer Schiedssitzung, zur Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen oder der Parteien, zur Beratung zwischen seinen Mitgliedern, zur Besichtigung von Sachen oder zur Einsichtnahme in Dokumente zusammentreten.

Artikel 46 – Beginn der Verhandlung

- 1) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so beginnt die Schiedsverhandlung mit dem Tag, an dem der Beklagte den Antrag, die Streitigkeit einem Schiedsgericht vorzulegen, empfangen hat. Der Antrag muss die Bezeichnung der Parteien, die Angabe des Streitgegenstandes und einen Hinweis auf die Schiedsvereinbarung enthalten.
- 2) Soweit die Schiedsfähigkeit nach staatlichem Recht nicht gegeben ist, sind die Parteien durch das Schiedsgericht frühstmöglich darauf hinzuweisen, dass der Schiedsspruch nicht vollstreckbar sein wird.

Artikel 47 – Klage und Klagebeantwortung

- 1) Innerhalb der von den Parteien vereinbarten oder vom Schiedsgericht bestimmten Frist hat der Kläger seinen Anspruch und die Tatsachen, auf die sich dieser Anspruch stützt, darzulegen und der Beklagte hierzu Stellung zu nehmen. Die Parteien können dabei alle ihnen erheblich erscheinenden Dokumente vorlegen oder andere Beweismittel bezeichnen, derer sie sich bedienen wollen.
- 2) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so kann jede Partei im Laufe der Schiedsverhandlung ihre Klage oder ihre Angriffs- und Verteidigungsmittel ändern oder ergänzen, es sei denn, das Schiedsgericht lässt dies wegen Verspätung, die nicht genügend entschuldigt wird, nicht zu.

- 3) Durch die Erhebung der Klage wird die Rechtshängigkeit des Streitgegenstandes begründet. Die Rechtshängigkeit ist von der zuständigen Schutzgilde zu dokumentieren.
- 4) Nach Eintritt der Rechtshängigkeit darf nicht über den gleichen Streitgegenstand vor einem anderen Schiedsgericht verhandelt werden.
- 5) Die Rechtshängigkeit eines erst im Laufe der Schiedsverhandlung erhobenen Anspruchs tritt mit dem Zeitpunkt ein, in dem der Anspruch während einer Schiedssitzung geltend gemacht wird. Die Widerklage ist zuzulassen.

Artikel 48 – Säumnis einer Partei

- 1) Versäumt es der Kläger, seine Klage ordentlich darzulegen, so endet die Schiedsverhandlung ohne Schiedsspruch.
- 2) Versäumt es der Beklagte, die Klage ordentlich zu beantworten, so setzt das Schiedsgericht die Verhandlung fort, ohne die Säumnis als solche als Zugeständnis der Behauptungen des Klägers zu behandeln.
- 3) Versäumt es eine Partei, zu einer Schiedssitzung zu erscheinen oder innerhalb einer festgelegten Frist ein Dokument zum Beweis vorzulegen, so kann das Schiedsgericht die Verhandlung fortsetzen und den Schiedsspruch nach den vorliegenden Erkenntnissen erlassen.
- 4) Wird die Säumnis nach Überzeugung des Schiedsgerichts genügend entschuldigt, bleibt sie außer Betracht. Im Übrigen können die Parteien über die Folgen der Säumnis etwas anderes vereinbaren.

Artikel 49 – Zeugen

- 1) Niemand darf dazu gezwungen werden, Zeugnis vor einem Schiedsgericht abzulegen.
- 2) Die Einladung zur Zeugenbefragung hat rechtzeitig, in schriftlicher Form und unter Nennung einer Frist für die Beantwortung zu erfolgen.
- 3) Haben die Parteien kein Verfahren zur Vereidigung von Zeugen vereinbart, so ist das vom Schiedsgericht bestimmte Verfahren anzuwenden.
- 4) Wer zur Zeit der Befragung das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet oder wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandesschwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung hat, ist unvereidigt zu befragen.
- 5) Jeder Zeuge ist einzeln und in Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen zu befragen.
- 6) Im Übrigen moderiert der Vorsitzende die Befragung von Zeugen nach pflichtgemäßem Ermessen.

Artikel 50 – Sachverständige

- 1) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so kann das Schiedsgericht einen oder mehrere Sachverständige zur Erstattung eines Gutachtens über bestimmte vom Schiedsgericht festzulegende Fragen bestellen. Es kann ferner eine Partei auffordern, dem Sachverständigen jede sachdienliche Auskunft zu erteilen oder alle für die Verhandlung erheblichen Dokumente oder Sachen zur Besichtigung vorzulegen oder zugänglich zu machen.
- 2) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so hat der Sachverständige, wenn eine Partei dies beantragt oder das Schiedsgericht es für erforderlich hält, an Schiedssitzungen teilzunehmen. Die Parteien können dem bestellten Sachverständigen Fragen stellen und eigene Sachverständige zu den streitigen Fragen aussagen lassen.
- 3) Auf Sachverständige sind die Vorgaben der Absätze 5 bis 9 des Artikels 41 dieser Verfassung entsprechend anzuwenden.

Artikel 51 – Entscheidungen

- 1) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, so ist in Schiedsverhandlungen mit mehr als einem Schiedsrichter jede Entscheidung des Schiedsgerichts mit Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder zu treffen.
- 2) Verweigert ein Schiedsrichter die Teilnahme an einer Abstimmung, können die übrigen Schiedsrichter ohne ihn entscheiden, sofern die Parteien nichts anderes vereinbart haben. Die Absicht, ohne den verweigernden Schiedsrichter über den Schiedsspruch abzustimmen, ist den Parteien vorher mitzuteilen.
- 3) Über einzelne Verfahrensfragen kann der vorsitzende Schiedsrichter allein entscheiden, wenn die Parteien oder die anderen Mitglieder des Schiedsgerichts ihn dazu ermächtigt haben.

Artikel 52 – Schiedsspruch

- 1) Der Schiedsspruch ist schriftlich zu erlassen und durch den oder die Schiedsrichter zu signieren. In Schiedsverhandlungen mit mehr als einem Schiedsrichter genügen die Signaturen der Mehrheit aller Mitglieder des Schiedsgerichts, sofern der Grund für eine fehlende Signatur angegeben wird.
- 2) Der Schiedsspruch ist zu begründen, es sei denn, die Parteien haben vereinbart, dass keine Begründung gegeben werden muss.
- 3) Der Schiedsspruch ist in der letzten Schiedssitzung zu verlesen und den Parteien in signierter Form auszuhändigen oder auf Antrag zu übermitteln.
- 4) Im Schiedsspruch sind der Tag und der Ort der letzten Schiedssitzung anzugeben. Der Schiedsspruch gilt als an diesem Tag und diesem Ort erlassen.
- 5) Der erlassene Schiedsspruch gilt als Vertrag zwischen den Parteien im Sinne des Vertragsrechts dieser Verfassung.

Artikel 53 – Kosten der Verhandlung

- 1) Das Schiedsgericht erstellt einen Bericht über die Kosten der Schiedsverhandlung. Hierbei entscheidet es nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles, insbesondere des Ausgangs der Verhandlung.
- 2) Der Kostenbericht hat aufzuzeigen, zu welchen Anteilen und in welcher Höhe die Parteien die Kosten der Schiedsverhandlung zu tragen haben. Der Bericht ist zusammen mit dem Schiedsspruch bei der zuständigen Schutzgilde einzureichen. Die Schutzgilde hat die Kosten in voller Höhe zu erstatten.
- 3) Die zuständige Schutzgilde stellt den Parteien die Kosten für die Schiedsverhandlung nach Maßgabe ihrer Satzung in Rechnung. Änderungen der Satzung, die nach dem Beginn der Verhandlung vorgenommen wurden, bleiben außer Betracht.

Artikel 54 – Abschluss der Verhandlung

- 1) Die Schiedsverhandlung endet einen Monat nach Erlass des Schiedsspruchs.
- 2) Vergleichen sich die Parteien während der Schiedsverhandlung über die Streitigkeit, so ist die Schiedsverhandlung abzuschließen. In dem Fall hält das Schiedsgericht den Vergleich in der Form eines Schiedsspruchs mit vereinbartem Wortlaut fest.
- 3) Die Rücknahme von Klagen oder die willkürliche Beendigung der Verhandlung ist gemäß Artikel 2 Absatz 5 dieser Verfassung nicht statthaft.

- 4) Innerhalb der Frist nach Absatz 1 haben die Parteien die Gelegenheit, beim Schiedsgericht zu beantragen,
 - Rechen-, Schreib- und Druckfehler oder Fehler ähnlicher Art im Schiedsspruch zu berichtigen;
 - bestimmte Teile des Schiedsspruchs auszulegen;
 - einen ergänzenden Schiedsspruch über solche Ansprüche zu erlassen, die zwar geltend gemacht, im Schiedsspruch aber nicht behandelt worden sind.
- 5) Das Schiedsgericht soll über die Berichtigung, Auslegung oder Ergänzung des Schiedsspruchs innerhalb von zwei Monaten entscheiden.
- 6) Eine Berichtigung des Schiedsspruchs kann das Schiedsgericht auch ohne Antrag vornehmen. Der berichtigte Schiedsspruch ist den Parteien unverzüglich zu übermitteln.
- 7) Das Amt des Schiedsgerichts endet mit dem Abschluss der Schiedsverhandlung.

Abschnitt VII – Geldordnung

Artikel 55 – Zahlungsmittel

- 1) Zahlungsmittel sind im Zahlungsverkehr übertragbare, einheitliche und zählbare Platzhalter für die Aufwendung von Lebensenergie.
- 2) Währung ist jedes Zahlungsmittel, für das eine rechtliche Gewähr besteht, im Austausch für das Zahlungsmittel Sachwerte zu erhalten oder Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu dürfen.
- 3) Die Gilden verpflichten sich, das durch diese Verfassung begründete Zahlungsmittel anzuerkennen und im Rahmen vereinsinterner Geschäfte vorrangig zu verwenden.
- 4) Das Zahlungsmittel trägt die Bezeichnung Gildenmark.
- 5) Das Kürzel der Gildenmark für den Zahlungsverkehr lautet XGM.

Artikel 56 – Kontoführung

- 1) Ein Gildenmark-Konto bildet sowohl ein Guthaben in Gildenmark als auch sämtliche an das Konto gerichteten Forderungen ab.
- 2) Der Kontoinhaber ist Eigentümer des Guthabens.
- 3) Eine an das Konto gerichtete Forderung wird erst dann mit dem Guthaben verrechnet, wenn der Kontoinhaber die Transaktion bewilligt.
- 4) Transaktionen, die zu einem negativen Kontostand führen, sind nur den Gilden erlaubt.
- 5) Jede Transaktion ist vom Kontoinhaber zu signieren.

Artikel 57 – Geldschöpfung durch Kindergeld

- 1) Wer sich im Rahmen einer Ehe an der Kindererziehung beteiligt, hat Anspruch auf Kindergeld in Höhe von 24,- Gildenmark pro Tag. Das Kindergeld wird in monatlichen Beträgen zu 730,- Gildenmark pro Person ausgezahlt.
- 2) Der Anspruch auf Kindergeld entfällt, sofern es nicht zum Wohle des Kindes eingesetzt wird.
- 3) Die Berechtigung zum Beziehen von Kindergeld wird im Fall der Erwerbstätigkeit von der Gilde erteilt, bei der der Arbeitgeber des Berechtigten oder der Berechtigte selbst Mitglied ist, ansonsten von der Sozialgilde.

- 4) Die Berechtigung zum Beziehen von Kindergeld erlischt, sobald jedes Kind des Berechtigten das 18. Lebensjahr vollendet hat.
- 5) Das Beziehen von Kindergeld erfolgt durch die Forderung des korrekten Betrags gegenüber dem Konto der Gilde, welche die Berechtigung erteilt hat. Die Forderung ist zulässig, solange das Gildenkonto einen positiven Kontostand aufweist. In dem Fall erfolgt die Gutschrift auf dem Konto des Berechtigten, ohne dass das Gildenkonto belastet wird.
- 6) Wird durch die Aufsichtsstelle einer Gilde festgestellt und durch ein Schiedsgericht bestätigt, dass Kindergeld ohne Anspruch gewährt wurde, so ist das Konto der verantwortlichen Gilde mit dem bis dahin entstandenen unzulässigen Betrag unverzüglich zu belasten.

Artikel 58 – Geldschöpfung durch Altersrente

- 1) Wer das 63. Lebensjahr vollendet hat, hat Anspruch auf Altersrente in Höhe von 24,- Gildenmark pro Tag. Die Altersrente wird in monatlichen Beträgen zu 730,- Gildenmark pro Person ausgezahlt.
- 2) Die Berechtigung zum Beziehen von Altersrente wird von der Sozialgilde erteilt.
- 3) Die Berechtigung zum Beziehen von Altersrente erlischt mit dem Tod.
- 4) Das Beziehen von Altersrente erfolgt durch die Forderung des korrekten Betrags gegenüber dem Konto der Gilde, welche die Berechtigung erteilt hat. Die Forderung ist zulässig, solange das Gildenkonto einen positiven Kontostand aufweist. In dem Fall erfolgt die Gutschrift auf dem Konto des Berechtigten, ohne dass das Gildenkonto belastet wird.
- 5) Wird durch die Aufsichtsstelle einer Gilde festgestellt und durch ein Schiedsgericht bestätigt, dass Altersrente ohne Anspruch gewährt wurde, so ist das Konto der verantwortlichen Gilde mit dem bis dahin entstandenen unzulässigen Betrag unverzüglich zu belasten.

Artikel 59 – Geldvernichtung

- 1) Die Geldvernichtung findet ausschließlich nach den Vorgaben dieses Artikels statt.
- 2) An jedem 29. Februar wird in jeder Gilde der Betrag der seit dem 1. März des vorherigen Schaltjahres gemäß der Artikel 57 und 58 erschaffenen Geldmenge ermittelt. Dieser Betrag ist fortan von der Gilde in zwanzig Raten zu tilgen. Es werden dementsprechend zwanzig Forderungen in das Gildenkonto eingetragen, welche jeweils am 29. Februar der folgenden Schaltjahre zur Tilgung fällig sind.
- 3) Die Tilgung nach Absatz 2 erfolgt, indem das Konto der Gilde belastet wird, ohne dass eine Gutschrift auf einem anderen Konto erfolgt.
- 4) Im Fall der Auflösung einer Gilde sind sämtliche offenen Forderungen, die an diese Gilde gerichtet sind, auf die übrigen Gilden gleichmäßig zu verteilen.

Artikel 60 – Bargeld

- 1) Der Ausgabe von Bargeld hat voranzugehen, dass der entsprechende Gegenwert auf einem öffentlich einsehbaren Konto stillgelegt wird.
- 2) Jedes Geldstück ist so zu signieren, dass seine Gültigkeit durch Abgleich mit dem Konto, auf dem der Gegenwert stillgelegt wurde, jederzeit geprüft werden kann.
- 3) Bei der Vernichtung von Bargeld ist der entsprechende Gegenwert von dem Konto, auf dem der Gegenwert stillgelegt wurde, abzuziehen.